

Coronakrise: Auswirkungen auf die finanziellen Entscheidungen und Folgen für die Altersvorsorge

Silke Übelmesser, Jana Schütz, Ronja Baginski, Carmela Aprea

AUF EINEN BLICK

- Laut einer repräsentativen Umfrage zur Altersvorsorge in Deutschland waren die meisten Menschen nur in geringem Maße von finanziellen Einbußen durch die Coronakrise betroffen.
 - Ein kleiner Teil musste jedoch erhebliche Einbußen mit Auswirkungen auf die Altersvorsorge hinnehmen. Dies gilt vor allem für Personen in Ostdeutschland und für jüngere Befragte.
 - Zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote sind daher wichtig, damit eine finanzielle Basis für die Altersvorsorge (wieder) aufgebaut werden kann.
-

EINLEITUNG

Der demografische Wandel hat Folgen für die Tragfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung. Für die Bevölkerung bedeutet dies mehr Eigenverantwortung für die Altersvorsorge in einem Umfeld zunehmender Unsicherheit. Die Coronakrise mit Betriebsschließungen, Lockdowns und Kurzarbeit führte dazu, dass einigen Menschen weniger Geld zur Verfügung stand und auch Vorsorgeentscheidungen revidiert werden mussten. Dieser Beitrag untersucht die Auswirkungen der Coronakrise auf die finanziellen Entscheidungen der Bevölkerung in Deutschland auf die erwarteten negativen Folgen für die Altersvorsorge.

Die Befragung ist Teil des Projekts *Verständnis und Haltungen zur Altersvorsorge in Deutschland: Aus-*

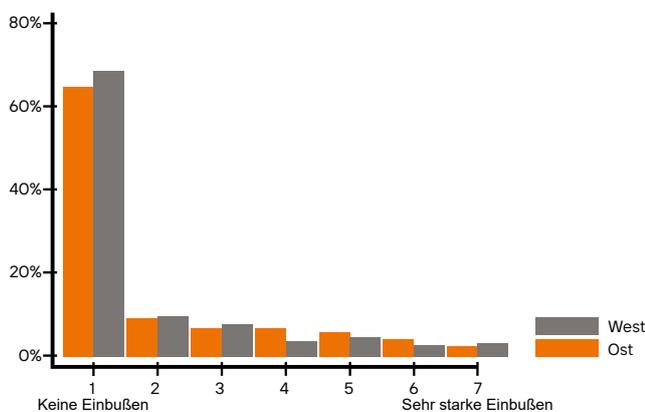
prägungen und Auswirkungen auf vorsorgebezogenes Verhalten (VHAlt), das durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Rahmen des Fördernetzwerks interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (FIS) gefördert wurde (FIS.00.00011.19). Zwischen Herbst 2020 und Frühjahr 2021 wurde eine repräsentative telefonische Befragung der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland durchgeführt, an der 600 Personen in West- und 400 Personen in Ostdeutschland teilnahmen. Verrentete und verbeamtete Personen waren ausgeschlossen. Weitere Befunde aus diesem Projekt werden z. B. in Schuetz et al. ¹ sowie Baginski et al. ² diskutiert.

FINANZIELLE EINBUSSEN AUFGRUND DER CORONAKRISE

Um erste Hinweise auf eine mögliche finanzielle Betroffenheit zu erhalten, wurden die Teilnehmenden gefragt, ob sie aufgrund der Coronakrise finanzielle Einbußen erlitten hatten oder haben (1 „keine Einbußen“ bis 7 „sehr starke Einbußen“). Der Median für diese Frage lag bei 1, was bedeutet, dass mehr als die Hälfte der Befragten keine finanziellen Einbußen erlitten hatte. Der Mittelwert hingegen lag bei 2,11, wobei mehr als ein Viertel der Befragten einen Wert von 3 oder höher angaben, also größere Einbußen hinnehmen mussten.

Betrachtet man die Antworten in Ost- und Westdeutschland getrennt, so zeigt sich, dass die Betroffenheit in beiden Landesteilen ähnlich hoch war (siehe Abbildung 1, Ost = 2,14 vs. West = 2,10, $p = .70$). Gleiches gilt für den Vergleich von Männern (2,20) und Frauen (2,03, $p = .12$), wobei in Westdeutschland Männer häufiger als Frauen angaben, finanziell stärker betroffen zu sein (2,24 vs. 1,95, $p = .05$). Vergleicht man jüngere Befragte (unter 50 Jahre) mit älteren Befragten (50 Jahre und älter), so zeigt sich ebenfalls, dass sowohl in Westdeutschland (2,26 vs. 1,91, $p = .02$) als auch in der Gesamtstichprobe (2,26 vs. 1,94, $p = .01$) die jüngeren Befragten stärker von finanziellen Einbußen betroffen waren als die älteren Befragten. Für Ostdeutschland lässt sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Altersgruppen feststellen (2,27 vs. 1,99, $p = .13$).

Abbildung 1: Finanzielle Einbußen aufgrund der Coronapandemie



ÄNDERUNG FINANZIELLER ENTSCHEIDUNGEN AUFGRUND DER CORONAKRISE

Zusätzlich zu den tatsächlichen finanziellen Einbußen wurden die Teilnehmenden gefragt, inwiefern sie ihre finanziellen Entscheidungen aufgrund der Coronakrise geändert haben. Mehr als ein Viertel der Befragten (27,5 %) gab an, dass eine Änderung stattgefunden hatte. Jüngere Befragte (32,9 %) hatten häufiger ihre finanziellen Entscheidungen geändert als ältere Befragte (21,1 %, $p = .00$). Dies galt gleichermaßen für Befragte in Ost- und Westdeutschland.

Ein genauerer Blick zeigt, dass ein Viertel der Befragten (25,5 %), die Entscheidungen geändert hatten, auf Ersparnisse zurückgreifen mussten, private Altersvorsorgeverträge ruhen ließen bzw. kündigten oder Aktien bzw. Fondsanteile verkauften. Während Frauen und Männer diese Entscheidungen gleichermaßen trafen (22,3 % vs. 28,9 %, $p = .21$) und auch zwischen Ost- und Westdeutschen keine signifikanten Unterschiede bestanden (29,7 % vs. 23,1 %, $p = .23$), mussten jüngere Menschen im Vergleich zu Älteren besonders häufig auf ihre Ersparnisse zurückgreifen (29,4 % vs. 18,6 %, $p = .05$), vor allem in Ostdeutschland (35,8 % vs. 17,6 %, $p = .06$).

Auf der anderen Seite konnte gut die Hälfte der Befragten, die ihre finanziellen Entscheidungen geändert hatten, mehr sparen bzw. investieren (56,9 %). Die restlichen Befragten (22,3 %) gaben an, Ausgaben reduziert oder bewusster investiert oder konsumiert zu haben.

Um ein vollständiges Bild zu erhalten, ist es wichtig, auch die Befragten, die ihre finanziellen Entscheidungen nicht geändert hatten, nach ihren Gründen zu fragen. Für mehr als drei Viertel (79 %) dieser Gruppe bestand kein Änderungsbedarf. Dies galt insbesondere für ältere Befragte im Vergleich zu jüngeren Befragten (82,3 % vs. 75,6 %, $p = .03$) und für Befragte in Westdeutschland. Nur 4 % der Befragten, die keine Veränderungen vorgenommen hatten, gaben als Grund an, keine Zeit für Änderungen gehabt zu haben.

16 % gaben an, keine finanziellen Möglichkeiten für Veränderungen gehabt zu haben. Hier gab es keine signifikanten Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Befragten (16,2 %, 15,0 %, $p = .65$), älteren und jüngeren Befragten (14,1 %, 17,2 %, $p = .25$) oder Befragten in Ost- und Westdeutschland (14,5 %, 16,4 %, $p = .48$). In einer offenen Frage für sonstige Antwortoptionen gaben zudem einige Befragte an, dass es keine passenden Alter-

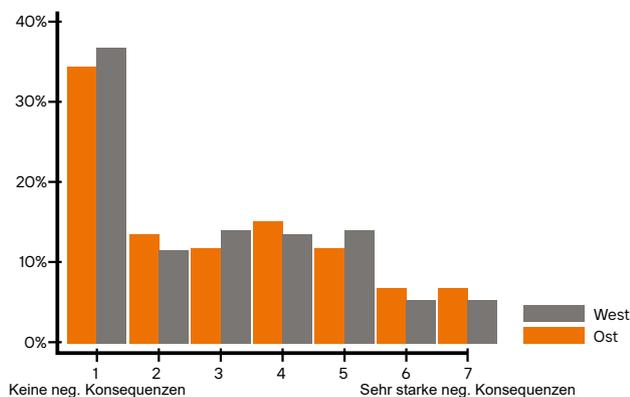
nativen gegeben habe oder ein Wechsel aufgrund laufender Verträge nicht möglich gewesen sei.

ERWARTETE DAUERHAFT NEGATIVE FOLGEN DER CORONAKRISE FÜR DIE ALTERSVORSORGE

Zuletzt wurde gefragt, ob die Befragten dauerhaft negative Konsequenzen für ihre Altersvorsorge aufgrund der Coronakrise erwarten (1 „keine negativen Konsequenzen“ bis 7 „sehr starke negative Konsequenzen“). Sowohl der Median als auch der Mittelwert lag bei 3, d. h., die Befragten rechneten auch langfristig mit Auswirkungen in mittlerem Umfang (siehe Abbildung 2).

Befragte in Ostdeutschland erwarteten dabei in stärkerem Maße negative Auswirkungen als Befragte in Westdeutschland (3,17 vs. 2,96, $p = .09$). Dies galt insbesondere für die jüngeren Befragten in Ostdeutschland (3,34 vs. 2,98, $p = .07$), während Befragte aller Altersgruppen in Westdeutschland ähnliche Einschätzungen teilten (2,99 vs. 2,93, $p = .72$). Die Einschätzungen von Männern und Frauen unterschieden sich ebenfalls nicht (3,01 vs. 3,08, $p = .54$).

Abbildung 2: Erwartete dauerhafte negative Konsequenzen der Coronapandemie



SCHLUSSBEMERKUNGEN

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im Herbst 2020 und im Frühjahr 2021 viele Befragte in Ost- und Westdeutschland nur in geringem Maße von finanziellen Einbußen durch die Coronapandemie betroffen waren. Es scheint, dass zumindest für einen Teil der Befragten staatliche Unterstützungsmaßnahmen finanzielle Härten in größerem Umfang vermeiden konnten.

Diese Beobachtung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Coronakrise für

einige Befragte mit erheblichen Einbußen verbunden war. Diese Befragten mussten daraufhin auf ihre Ersparnisse zurückgreifen, mit möglichen Folgen für die Altersvorsorge (siehe für ähnliche Ergebnisse z. B. Bucher-Koenen, Cziriak und Aprea, 2023³). Darüber hinaus zeigten sich alle Befragten im Durchschnitt etwas besorgt und gaben häufig an, zumindest in mittlerem Umfang dauerhaft negative Folgen für die eigene Altersvorsorge zu erwarten.

Eine stärkere Ausrichtung der Altersvorsorge auf mehr private Vorsorge sollte daher berücksichtigen, welche Risiken damit verbunden sind und wie gut unterschiedliche Gruppen damit umgehen können. Während das Antwortverhalten von Männern und Frauen kaum verschieden war, zeigten sich teilweise Unterschiede zwischen Befragten aus Ost- und Westdeutschland. Das mag auf eine schwächer ausgeprägte finanzielle Resilienz der Befragten in den neuen Bundesländern hindeuten. Schließlich bestehen auch Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung noch deutliche Unterschiede, z. B. im Vermögen (Bundesbank, 2023⁴). Zudem gab ein größerer Teil der jüngeren Befragten an, finanzielle Einbußen erlitten zu haben, was mit dem durchschnittlich geringeren Nettovermögen der jüngeren Altersgruppen zusammenhängen könnte.

Insgesamt zeigen diese Ergebnisse, welche Bevölkerungsgruppen durch die Pandemie finanzielle Einbußen erlitten hatten bzw. negative Auswirkungen auf die Altersvorsorge erwarteten. Darüber hinaus zeigen die Untersuchungen, dass die eigene (Nicht-) Betroffenheit in der Gegenwart nicht zwangsläufig bedeutet, dass (keine) langfristigen Folgen erwartet werden. Die Betroffenen sollten dabei unterstützt werden, neue Strategien zu entwickeln bzw. bestehende anzupassen, um den Unsicherheiten sinnvoll zu begegnen und eine gute finanzielle Basis für die Altersvorsorge zu schaffen. Besonders den Personen in Ostdeutschland und den jüngeren Befragten sollte dabei Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wichtig ist auch, mangelndes Vorsorgeverhalten richtig zu deuten. Liegt es an fehlendem Wissen, dann sind die Bereitstellung von Information und Bildungsmaßnahmen zielführend. Fehlen hingegen die finanziellen Möglichkeiten, um für das Alter zu sparen, sind andere, zielgruppenspezifische Unterstützungsmaßnahmen erforderlich.

Literatur

- 1 Schütz, Jana, Silke Übelmesser, Ronja Baginski und Carmela Aprea. 2023. Pension reform preferences in Germany: Does information matter? *European Journal of Political Economy* (im Erscheinen).
- 2 Baginski, Ronja, Carmela Aprea, Susanne Frick, Jana Schütz und Silke Übelmesser. 2023. Development and validation of a test instrument measuring the understanding of pension systems. Mimeo, Universität Mannheim.
- 3 Bucher-Koenen, Tabea, Marius Cziriak und Carmela Aprea. 2023. Wie haben sich Coronakrise und Preissteigerungen auf die Altersvorsorge ausgewirkt? ZEW-Kurzexpertise 23-03, Mannheim.
- 4 Bundesbank. 2023. Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2021. Monatsbericht April 2023, Frankfurt.

Hinweis

Der p-Wert ist als die Wahrscheinlichkeit definiert, den beobachteten Wert der Prüfgröße oder einen in Richtung der Alternative „extremieren“ Wert zu erhalten. Er entspricht dem kleinsten Signifikanzniveau, bei dem die Nullhypothese gerade noch verworfen werden kann. Ist der p-Wert kleiner als ein vorgegebenes Signifikanzniveau (allgemein $< .05$ oder $< .10$), so lässt sich die Nullhypothese ablehnen. z. B. die Hypothese, dass die Werte für Ost- und Westdeutschland gleich sind.

Über die Autorinnen

Prof. Dr. Silke Übelmesser, Inhaberin des Lehrstuhls für allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie ist Mitglied im unabhängigen Beirat des Stabilitätsrats und im CESifo-Netzwerk.

Jana Schütz, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Ronja Baginski, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik – Design und Evaluation instruktionaler Systeme der Universität Mannheim und am Mannheim Institute for Financial Education (MIFE).

Prof. Dr. Carmela Aprea, Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftspädagogik – Design und Evaluation instruktionaler Systeme der Universität Mannheim und Direktorin des Mannheim Institute for Financial Education (MIFE).

Für die Inhalte der vorliegenden Publikation sind ausschließlich die Verfasserinnen verantwortlich.

Impressum

DIFIS - Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung
 Direktorin: Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg-Essen) Stellv. Direktor: Prof. Dr. Frank Nullmeier (Universität Bremen) Standort Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Forsthausweg 2, 47057 Duisburg
 Standort Bremen: SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen
 Homepage: www.difis.org

Erscheinungsort und -datum: Duisburg/Bremen, November 2023

Inhaltliche Betreuung: Dr. Nicole Vetter

Betreuung der Publikationsreihe: Dr. Miruna Bacali

Satz: Simon Rickel

ISSN: 2748-680X